



INTERVIEW:

CDU-SPITZENKANDIDAT

Althusmann: „Hassprediger konnten hier viel zu lange ihr Unwesen treiben“

Christdemokrat will bei der Wahl im Januar 2018 Ministerpräsident werden: „Niedersachsen wird deutlich unter Wert regiert“

KREIS PEINE. Bei seinem Besuch in Peine sprach die PAZ mit dem niedersächsischen CDU-Spitzenkandidaten und Landesvorsitzenden Bernd Althusmann. Er möchte Ministerpräsident werden. Hier das Interview:

Herr Althusmann, was würden Sie als Ministerpräsident in Niedersachsen sofort ändern?

Niedersachsen muss endlich vom Anknüpfen zum Machen und Anpacken kommen. Herausforderungen zu beschreiben ist wichtig, sie zu lösen wichtiger. Mehr Sicherheit der Bürger vor Einbruch oder Terror, eine bessere Bildung in unseren Schulen oder eine zukunftsfeste Infrastruktur im ländlichen Raum und den Ballungszentren werden die zentralen Herausforderungen für Niedersachsen sein. Insbesondere die Qualität der schulischen Bildung muss in Niedersachsen besser werden. Wir brauchen mehr Lehrer im Unterricht an unseren Schulen. Im täglichen Unterricht an unseren Schulen oder in der frühkindlichen Bildung in unseren Kitas und Krippen entscheidet sich die Zukunft unseres Landes. Dort geht es um die Lebensqualität von morgen. Zentrale Aufgabe einer CDU-geführten Landesregierung wird daher sein, die akuten Mängel in der Unterrichtsversorgung zu beseitigen. Wir wollen eine Unterrichtsgarantie von mehr als 100 Prozent. Derzeit bleiben zu viele ausgeschriebene Stellen des Kultusministeriums unbesetzt. Die Inklusion an unseren Schulen ist schlecht aufgestellt, wir sollten eine Atempause einlegen, was nicht bedeutet, dass wir dieses Projekt beenden, sondern uns vielleicht mal über einen besseren Ansatz als bisher unterhalten.

Spielen die jüngsten Terroranschläge der CDU in die Karten, wenn sie mit dem Thema Innere Sicherheit auf Stimmenfang geht?

Das Thema Innere Sicherheit ist zu ernst, um es nur als Wahlkampfthema zu betrachten. Die CDU geht mit einem klaren Konzept für mehr Sicherheit für Niedersachsen in die sachliche Auseinandersetzung mit den politischen Mitbewerbern. Seit fast fünf Jahren wird in Niedersachsen viel angekündigt, aber die Ergebnisse sind überschaubar. Die Einbruchkriminalität ist bedenklich hoch, die Zahlen im Bereich politischen Extremismus ebenso. Rot-Grün war seit Regierungsübernahme 2013 von einem tiefen Misstrauen gegenüber unserer Polizei geprägt. Da nützen die jüngsten Wandlungen des amtierenden Innenministers zum Ende einer Legislaturperiode wenig. Es fehlt an einer konsequenten Integration von Polizeilichem Staatsschutz und Verfassungsschutz, um für

Zur Person: Bernd Althusmann

Bernd Althusmann (geboren 1966 in Oldenburg) ist ein deutscher Politiker (CDU). Er ist seit dem 26. November 2016 Landesvorsitzender der

CDU Niedersachsen und deren Spitzenkandidat für die Landtagswahl im Januar 2018. Von 2010 bis 2013 war er Kultusminister.

künftige Terrorgefahren besser gerüstet zu sein. Das neue Gesetz für mehr Sicherheit und Ordnung in Niedersachsen wird seit einem Jahr beraten, und unter den Augen des Innenministers konnten Hassprediger in Niedersachsen viel zu lange ihr Unwesen treiben. Ganz aktuell hat sich die Bedeutung eines konsequenten Vorgehens bei der Inneren Sicherheit auch beim G 20-Gipfel in Hamburg gezeigt. Angesichts der linksextremen Gewalt, die sich dort Bahn brach, ist nicht nachzuvollziehen, dass der niedersächsische Innenminister den Straf-tagbestand der Vermummung zu einer Ordnungswidrigkeit herabstufen will. Diese Verharmlosung erschwert der Polizei, Vermummungen zu unterbinden und erleichtert es den Kriminellen, unerkannt und folgenlos Gewalt und andere Straftaten zu verüben. Das wirkt nicht deeskalierend, sondern eskalierend. Ich selbst habe mir ein Bild davon gemacht, wie schwierig die Situation für alle Einsatzkräfte in Hamburg war. Dafür haben sie unsere vollste Unterstützung verdient, sowohl in Form einer modernen Ausrüstung, aber vor allem auch einer ausreichenden personellen Ausstattung. Es ist daher unverstänlich, dass die Landesregierung aktuell die Bereitschaftspolizei schwächt, um die Polizei in der Fläche zu verstärken. Wir werden die Polizei überall stärken müssen, nicht nur in Stäben. Dazu werden wir bis 2022 insgesamt 3000 neue Stellen für Polizeibeamte in Niedersachsen schaffen.

Wie schätzen Sie die Chancen von Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) auf eine Wiederwahl ein?

Das Rennen ist völlig offen. Jüngste Umfragen sehen die CDU deutlich vorn. Der amtierende Ministerpräsident muss mit seiner SPD uns als Niedersachsen CDU erst einmal schlagen. Wir arbeiten hart für einen Wahlsieg am 14. Januar 2018. Es geht darum, die Niedersachsen für einen Regierungswechsel zu gewinnen und gleichsam fair und respektvoll miteinander umzugehen.

Was schätzen Sie an der Person und dem Ministerpräsidenten Weil?

Der Ministerpräsident ist bemüht. Seine Landesregierung zeigt in der Summe jedoch heute erhebliche Schwächen. Regieren ist halt mehr als warme Worte. Da braucht es auch

mal Mut zu unbequemen Entscheidungen oder dynamisches Anpacken, statt das Land nur zu verwalten. Im Übrigen erwarte ich mal eine klare Absage an mögliche Koalitionen mit den Linken. Da duckt sich der Ministerpräsident weg.

Welche Fehler hat Weil Ihrer Meinung nach in den vergangenen Jahren gemacht?

Niedersachsen wird deutlich unter Wert regiert. Etwas mehr Dynamik und Mut im Regierungshandeln täte dem Land gut. Studien zur Bildungsqualität sehen Niedersachsen meist im letzten Drittel oder im Mittelfeld. Bei der Bekämpfung der Einbruchskriminalität sind die Aufklärungsquoten zu gering, die Polizei ist mit viel zu vielen zusätzlichen Aufgaben belastet. Der Breitband- und Mobilfunkausbau ist nicht ausreichend auf Zukunft ausgerichtet. Statt einer Politik mit unseren Landwirten wird stets Misstrauen gesät und gegen sie gearbeitet. Das hat schon System und offensichtlich zahlreiche Höfe zum Aufgeben veranlasst. Als Anteilseigner von Volkswagen hat die Landesregierung sich als Vollzugsbeamter des Vorstandes verhalten, anstatt niedersächsische Interessen klar zu benennen. Die Entscheidungen des Aufsichtsrates waren in Teilen fragwürdig, etwa bei Abfindungszahlungen an ehemalige Vorstände. Hier erwarte ich mehr Mut und Haltung. Niedersachsen darf auch mal sagen, dass dies so nicht geht.

Vor der Landtagswahl kommt die Bundestagswahl. Bleibt Merkel Kanzlerin oder schafft es eher Martin Schulz?

Bundeskanzlerin Merkel hat unser Land in schwierigen Zeiten gut regiert. Wir haben die niedrigsten Arbeitslosenzahlen seit 1990 und die meisten Beschäftigten in der Geschichte der Bundesrepublik. Und dies keineswegs nur in sog. prekären Beschäftigungsverhältnissen, wie der SPD-Kandidat behauptet,

sondern im sozialversicherungspflichtigen Bereich. Auch in der Haushaltspolitik steht Deutschland gut da. Finanzminister Schäuble hat erneut einen Haushalt ohne neue Schulden vorgelegt. Dies sind nur zwei Beispiele, die belegen, wie viel die CDU-geführte Bundesregierung mit Angela Merkel an der Spitze für Deutschland schon erreicht hat. Daher bin ich guten Mutes, dass sie Bundeskanzlerin bleibt, um diesen Weg fortzusetzen. Entscheiden wird dies der Wähler am 24. September.

Welche Rolle spielt die Flüchtlingspolitik aktuell noch – auch im Hinblick auf die Wahlen?

Der anfängliche Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit unserer staatlichen Organe ist meines Erachtens weitgehend überwunden. Auf künftige Flüchtlingskrisen sind wir deutlich besser vorbereitet. Angela Merkel ist es gelungen, zusammen mit den Partnern in der Europäischen Union, die Flüchtlingskrise in die richtigen Bahnen zu lenken. Die Zahl der Flüchtlinge nach

Deutschland und in die EU konnte deutlich reduziert werden, gleichwohl ist damit die Arbeit noch nicht beendet. Es kommen täglich neue Flüchtlinge über das Mittelmeer nach Europa. Wir müssen die Fluchtursachen weiterhin bekämpfen und dafür sorgen, dass die Menschen eine Bleibeperspektive in ihren Heimatländern bekommen. Die EU sollte aus meiner Sicht die Außen- und Sicherheitspolitik sowie gerade die Entwicklungspolitik künftig stärker koordinieren. Und zur Wahrheit gehört

trotz menschlich nachvollziehbarer Gründe: Menschen ohne Bleibeperspektive müssen wieder in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Ich verstehe nicht, warum sich Niedersachsen unter Rot-Grün im Bundesrat in Sachen Maghreb-Staaten verweigert.

Wie schätzen Sie die Situation in der Türkei und die Beziehungen zu Deutschland aktuell ein?

Die Stärkung des türkischen Präsidenten durch das deutliche Ja zum Verfassungsreferendum macht die Situation nicht einfacher. Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei waren traditionell gut und partnerschaftlich. Unter Präsident Erdogan leidet diese Partnerschaft zurzeit stark. Für die Zukunft hoffe ich darauf, dass sich die demokratischen Kräfte in der Türkei wieder durchsetzen. Mich hat sehr irritiert, dass zahlreiche in Deutschland lebende Türken für das Verfassungsreferendum gestimmt haben, ohne dort unter Einschränkung ihrer demokratischen Frei-

heitsrechte tatsächlich leben zu wollen.

Zurück zu Peine: Das Thema Südlink beschäftigt hierzulande vor allem die betroffenen Landwirte. Sie fordern wiederkehrende Ausgleichszahlungen. Zu recht?

Die CDU in Niedersachsen

steht bei den Forderungen nach wiederkehrenden Entschädigungsleistungen an der Seite von Landwirten und Grundstückseigentümern. Entschädigungen, die sich an dem tatsächlich entstandenen Verlust orientieren sowie an den Gewinnen, die die Erbauer der Trassen durch ihre Investitionen erzielen, sind ein wichtiger und notwendiger Schritt, der für eine zunehmende Akzeptanz beim Netzausbau sorgen wird.

Wie können sich kleine Städte wie Peine künftig gegenüber den großen Ballungsgebieten behaupten?

In Niedersachsen haben wir stetige und aktuell seit Jahren deutlich gestiegene Steuermehreinnahmen. Das gibt dem Land einige Spielräume auch für mehr und dringende Investitionen. Die Steuerverbund-Quote für die Kommunen sollte deshalb wieder von rund 15 Prozent auf 16,09 Prozent erhöht werden. Das würde einen zusätzlichen Schub von etwa 200 Millionen Euro für die Kommunen geben. Wir können die Kommunen mit diesem Geld wieder in die Lage versetzen, dass sie die dringenden Investitionen wie beispielsweise in ihre Schulen, Altenheime und Krankenhäuser durchführen können.

Steuerverbund-Quote für die Kommunen sollte wieder auf 16,09 Prozent erhöht werden.



Bernd Althusmann (CDU) befindet sich mitten im Wahlkampf.

FOTO: FREIBERG